Für mich die eindrücklichsten Veränderungen haben sich in der Betreuung der chronisch psychisch Kranken und Behinderten ergeben. Dieser Teil der Bevölkerung wurde in den Großkrankenhäusern für Psychiatrie versorgt, der teilweise – schon großzügig beschrieben – ohne jede Förderung und ohne jede Bildung war. Wir hatten zwei Klassen von Menschen, die nicht bildungsfähigen oder noch schlimmer, die nicht förderfähigen, deren Lebensbereich, wer das vergleichend erleben konnte, von 1990 zu 1996 sich stark erweitert und verändert hat. Wir hatten ungefähr 4.500 solcher in den Großkrankenhäusern betreuten Menschen. Davon sind über 3.000 inzwischen in guten einwandfreien Versorgungsstrukturen mit Förderung einzelner Lebensbereiche untergebracht worden. Von daher ist der Aufbau der Infrastruktur für Krankenhäuser, Altersheime, Behinderteneinrichtungen ganz entscheidend verbessert worden. Sie ist jetzt schon nicht mehr vergleichbar mit dem Zustand, den wir 1990 übernommen haben. Anzumerken bleibt, daß wir noch einen Weg vor uns haben, der weitere sechs bis acht Jahre dauern wird. Ca. 50 % des Weges haben wir bereits hinter uns gebracht, weitere 50 % des Weges bei der Verbesserung der Infrastruktur haben wir noch vor uns. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Staatsminister für Ihren rasanten und interessanten Vortrag, gerade bei der Analyse des Arbeitsmarktes im Transformationsprozeß. Das gleiche gilt auch für die Thematik der Umorientierung in den sozialen Systemen. Interessant ist hierbei die Frage: Wie wirken sie in diesem Umwandlungsprozeß von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft? Wir haben heute Vormittag auch interessante Daten gehört, wie die Sozialsysteme in der ehemaligen DDR gewirkt haben und welchen politisch ideologischen Hintergrund sie hatten.

Ich habe jetzt die ersten Wortmeldungen vorliegen und zwar in der Reihenfolge Kollege Meckel, Kollege Poppe, Kollegin Kurzhals und Kollege Jork. Wir verfahren so, wie Herr Hiller das heute Vormittag sehr pragmatisch auch gemacht hat. Blockweise werden wieder die Fragen aufgenommen, und der Herr Staatsminister Dr. Geisler steht uns jetzt noch eine gute dreiviertel Stunde zur Verfügung, damit wir auch im Terminplan bleiben. Das Wort hat Herr Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank. Ich habe zwei Fragen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind Sie gegenüber einer Beschäftigungspolitik recht skeptisch und meine Frage lautet: Wie stellen Sie sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands vor, wenn wir doch gleichzeitig feststellen müssen, daß das Wirtschaftswachstum im Osten Deutschlands heute geringer ist als im Westen? Wirtschaftlich klaffen Ost- und Westdeutschland stärker auseinander und jeder weiß, daß eine bestimmte Prozentzahl Wirtschaftswachstum nur eine sehr begrenzte Zahl von Arbeitsplätzen schafft. Daß es sogar Wirtschaftswachstum gibt, diese Erfahrung haben wir gemacht, ohne daß gleichzeitig die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Meine Frage lautet daher: Sehen Sie nicht doch die Möglichkeit eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, und wie stellen Sie sich eine entsprechend aktive Beschäftigungspolitik vor?

Die zweite Frage hat auch den Hintergrund der Arbeitslosigkeit, aber auch natürlich die vielfältigen Wandlungserfahrungen der letzten Jahre zum Inhalt. Sie haben eindrücklich dargestellt, was alles geleistet worden ist. Gleichzeitig muß man aber feststellen, daß sich trotz des positiven Wandels, gerade im Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, diese positive Veränderung nicht in der Stimmung im Lande widerspiegelt. Oft sieht man bei östlichen Nachbarn mehr Engagement und eine etwas positivere Perspektive. Aber dennoch möchte ich die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitslosigkeit und sozialem Wandel, sozialer Perspektivlosigkeit und der Akzeptanz parlamentarischer Demokratie stellen. Ich selber stelle fest, daß die Akzeptanz parlamentarischer Demokratie im Osten Deutschlands nicht zugenommen, sondern eher abgenommen hat. Ich halte dies für eine gefährliche Entwicklung, und möchte Sie nach diesem Zusammenhang fragen.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Herr Meckel. Das Fragenspektrum reicht vom öffentlichen Beschäftigungsbereich bis hin zur Politikverdrossenheit. Herr Poppe hat das Wort.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Geisler, ich habe drei Fragen an Sie. Die erste ergibt sich aus Ihrer geographischen Lage und der Verwendung des Begriffes der Subsidiarität. Hier fällt mir gleich noch die zukünftige Transformationsaufgabe mit ein. Ich will Sie nach den Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit insbesondere mit Polen und Tschechien fragen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch gleich noch von Ihnen erfahren, was Sie von der im Rahmen von Maastricht 1 schon angedeuteten, aber mit Maastricht 2 zusätzlich zu stellenden Frage nach einer europäischen Arbeitsmarktpolitik und eines europäischen sozialen Mindeststandards halten? Beides sind Fragestellungen, die für Sie auch im Hinblick auf die zukünftige EU-Mitgliedschaft der genannten Länder besonders relevant sein dürften.

Ich komme jetzt zur zweiten Frage. Wir werden heute Nachmittag noch über die Wanderbewegung reden, aber im Vorgriff darauf, könnten Sie vielleicht etwas über die Wanderbewegung von und nach Sachsen berichten?

Meinen letzten Punkt haben Sie schon angedeutet. Es geht um die Situation der Behinderten, Alten und Pflegebedürftigen. Es gab seinerzeit vorzugsweise kirchliche Einrichtungen – auch gerade in Sachsen – im Rahmen des Diakonischen Werkes und anderen kirchlichen Einrichtungen, die eine sehr wichtige Arbeit gemacht haben. Vielleicht können Sie andeuten, wie sich der Trend entwickelt hat, also was der Freistaat Sachsen zu leisten in der Lage bereit ist, ohne daß man jetzt ein großes Zahlenwerk dazu braucht. Mich interessiert die qualitative Entwicklung.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Das war Sachsen im Herzen Europas mit seinen sozialen Funktionen gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Frau Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Minister, Sie haben die Situation auf dem Arbeitsmarkt geschildert und haben auch angedeutet, daß die Frauen hauptsächlich die „Verlierer der Wiedervereinigung“ sind. Wie schätzen Sie die Tendenz ein, werden in Zukunft Frauen, wie wir es in der DDR gewohnt waren, nicht mehr diese technischen Berufe studieren, erlernen, weil sich sowieso die Grundeinstellung geändert hat, Frauen in solchen Berufen zu beschäftigen? Das wäre meine erste Frage.

Ich habe noch eine weitere Frage: Sie haben auch über das Gesundheitswesen gesprochen. Was sich in der DDR bewährt hatte, waren die Polikliniken. Sie waren meiner Meinung nach patientenfreundlich, weil man vieles in einem Haus vereinigt hatte. Diese Polikliniken sind fast nicht mehr existent. Es gibt zwar jetzt noch Ärztehäuser, aber können Sie mir erklären, worin die Gründe bestanden, dieses System zu zerschlagen?

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Frau Kurzhals. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Staatsminister, ich möchte meine Frage auf die wieder neu aufgenommene Diskussion um die Rentenhöhe in den neuen Bundesländern orientieren. Wir haben in der letzten Zeit verschiedentlich die Meinung gehört, daß die Rentenhöhe in den neuen Bundesländern in Relation zu dem, was in den alten Bundesländern bezahlt wird, zu hoch sei. Das betrifft vor allem auch die Frauen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie etwas dazu sagen könnten, auch was die Möglichkeit der Einkünfte und der Vermögenslage insgesamt betrifft. Diesen Bereich muß man, wenn man von Renten spricht, auch mit betrachten. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke. Wir sind jetzt am Ende des ersten Frageblocks. Herr Minister, das ist ein breites Spektrum. Ich würde sagen, daß Sie im Nachhinein den einzelnen Fragestellern ihre Antwort geben.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler: Herr Meckel, ich komme zu Ihrer Frage nach der Beschäftigungspolitik, wie schaffen wir in Zukunft Arbeitsplätze? Meine wesentliche Antwort lautet: Zu keiner Zeit haben wir für alle Frauen und Männer zwischen 20 Jahren (oder früher zwischen 15) und 65 Jahren, jetzt 40 (oder früher 48) Stunden Arbeit gehabt. Diese Situation hatten wir nicht 1900, 1930, 1960, 1980, 1990 sowie auch nicht 1995 oder 2000. Deswegen ist es für mich wirklich eine Frage der gerechten Verteilung. Damit jeder, der dieses anstrebt, die gleiche Chance hat, lautet meine Antwort, daß man Arbeit gerechter verteilen muß in dem Sinne: 30 Stunden, mit 30 Stunden Lohn und 30 Stunden Rentenanspruch. Wenn man sich zwei Personen vorstellt – ich spreche jetzt bewußt nicht von einem Ehepaar – und sich einmal überlegt, wieviel in solchen Zeitabschnitten, wie ich sie genannt habe, da jeweils an Arbeitseinkommen und somit auch an Rentenanspruch vorhanden war, dann kommt man zu einem realistischen Bild. Dieses Bild ist realistischer, als wenn man fordert, der Staat

solle oder müsse mit Beschäftigungsprogrammen erreichen, daß alle Frauen und Männer zwischen 20 und 65 Jahren nach heutigen Maßstäben Vollbeschäftigung mit vollem Lohn oder vollem Rentenanspruch erhalten. Das hat es noch nie gegeben und ich denke, das ist auch in Zukunft nicht erreichbar. Relevant ist vielmehr dieses Modell der 30 Stunden, mit 30 Stunden Lohn und 30 Stunden Rentenanspruch.

Ich komme jetzt zu der Beantwortung der zweiten Frage bezüglich der Stimmung wegen der Arbeitslosigkeit. Ihre Analyse sehe ich ähnlich, und deswegen bin ich der Meinung, daß die Antwort durch Nüchternheit geprägt sein muß. Ich versuche, diesen Umstand in der Weise den Menschen nahezubringen, indem ich bekunde, daß wir auch früher – bei entsprechender Arbeitsproduktivität vorausgesetzt – nie für 100 % aller Frauen und Männer einen Arbeitsplatz gehabt haben. Aus diesem Grunde geht es mir wirklich um die gerechte Verteilung zwischen all denjenigen, die das anstreben, und das ist nur mit einer entsprechenden Verkürzung möglich. Da zählen dann solche Dinge, die heute in der aktuellen Diskussion angesprochen werden, wie z. B. Überstunden abbauen und ähnliches natürlich dazu.

Seit zweieinhalb Jahren schreibe ich jede Stelle bei mir im Ministerium mit 75 % aus, abgesehen von BAT VIII und IX b. Ab VII b aufwärts wird jede Stelle mit 75 % ausgeschrieben. Ich habe solche Modelle auch schon zu DDR-Zeiten, weil ich bei der Kirche beschäftigt war, durchführen können. Deswegen war es für mich nichts neues. Ich habe damals auch Teilzeitarbeiten geschaffen. Ich hatte 8 Arbeitsplätze und teilweise 12 Mitarbeiterinnen beschäftigt. Also 1/8 dann mit 50 %. Das ist jetzt nicht meine Lösung, denn ich plädiere für 75 %.

Herr Poppe, auch Ihnen folge ich unstrittig bezüglich Subsidiarität nach Osteuropa. Hierbei geht es nicht bloß um Polen und Tschechien, aber das ist natürlich für Sachsen vordergründig, das sehe ich genau wie Sie. Die Möglichkeiten sind nach meinem Wollen viel zu bescheiden. Das hat vor allen Dingen im Moment auch Gründe, die in den Regelungswerken der EU und aber auch in den angrenzenden Ländern begründet liegen. Wir konnten lange Zeit keine Gelder im grenznahen Raum für Gemeinschaftsobjekte nutzen, weil Länder wie Polen und Tschechien selber lieber das EU-Geld in den grenzfernen Regionen einsetzen wollten, weil dort die wirtschaftliche Lage natürlich noch schlechter war. Dadurch haben wir kleine, wirklich ganz bescheidene Dinge durchgeführt, wie diese Frage des Streetwork-Programms in den vier Grenzregionen Zinnwald, Schönberg, Zittau und Görlitz. Hier haben wir z. B. einzelne Veranstaltungen im gesundheitlichen Bereich in Görlitz gemeinsam mit der Universität in Breslau durchgeführt, und auch einen regionalen Austausch von Amtsärzten zu den Nachbarn auf kommunaler Ebene organisiert. Das ist alles sehr bescheiden. Ich hätte hier gerne eine stärkere Entwicklung wie z. B. einen Austausch zwischen den Erfahrungen im Behindertenbereich organisiert oder Erzeugnisse aus Behindertenwerkstätten noch stärker in die Angebote aufgenommen.

Sie haben die Frage erweitert mit allgemeiner europäischer Arbeitsmarktpolitik und sozialen Mindeststandards. Ich sage Ihnen, daß ich da nicht viel Hoffnung habe und auch die Forderung eher im Bereich der Illusion sehe. Ich möchte es an einem Beispiel des „sozialen Mindeststandards" deutlich machen. Die Notwendigkeit, ältere Menschen bei uns wegen der veränderten Familienstrukturen zu versorgen und zu pflegen, ist unstrittig, dafür haben wir die Pflegeversicherung geschaffen. Adäquates in Portugal oder Irland aufzubauen, würde dort bestehende Familienstrukturen nicht ernst nehmen. Von daher sind solche Strukturen dort in diesem Umfang, abgesehen von Einzelfällen, jedenfalls gegenwärtig nicht notwendig. Insofern wird es immer ein Ungleichgewicht zwischen den Sozialabgaben in Deutschland und in anderen Bereichen der EU geben. Diesen Bereich vollständig zu harmonisieren würde den jeweiligen Situationen nicht gerecht werden.

Die Frage zum Arbeitsmarkt will ich Ihnen an sächsischen Verhältnissen in Erinnerung bringen. In Sachsen, auch schon 25 km östlich von Dresden, wird nur noch im öffentlichen Dienst Tarif gezahlt. Die Textilindustrie zahlt dort Löhne von max. 10 DM, sonst unter 10 DM. Die Schnitzer im Erzgebirge verdienen zwischen 7,50 DM und 8 DM. Deswegen gibt es bei uns bezüglich der Entlohnung in diesen Sozialbereichen Spannungen, die ja auch, wenn sie von den freien Trägern organisiert und geführt werden, im wesentlichen ÖTV-Tarife haben. Auf diese Weise verdienen die Menschen, die in diesen Einrichtungen wie z. B. in Altersheimen in Ostsachsen arbeiten, fast durchgängig mehr als die Angehörigen, deren ältere Menschen dort versorgt werden. Das hat erhebliche Spannungen zur Konsequenz. Diese Spannungen gibt es nicht bloß außerhalb Deutschlands, sondern sie sind schon innerhalb Deutschlands vorhanden und müssen bewältigt werden.

Ich komme jetzt zur Frage nach der Wanderungsbewegung von und nach Sachsen. Wir haben seit 1994 ein Plus in der Wanderungsbewegung zu verzeichnen, wobei das Plus im wesentlichen durch eine etwas stärkere Zuwanderung von Ausländern ausgelöst wird. Wenn man dieses Ergebnis allein auf die Wanderungsbewegung innerhalb der deutschen Bevölkerung beziehen würde, wäre das Ergebnis ungefähr ausgeglichen, d. h. es gibt kein Defizit aber auch keinen Überschuß. Der Zuwanderungsgewinn entsteht also dadurch, daß jetzt auch mehr Ausländer in Sachsen Wohnungen und Arbeit suchen.

Zur Sozialarbeit der kirchlichen Einrichtungen einige Bemerkungen: Die kirchlichen Einrichtungen haben auch in Sachsen vor 1989, gerade im Behindertenbereich sowie auch im Altenbereich, eine unwahrscheinlich anerkennenswerte und gute Arbeit geleistet. Sie haben z. B. in Großhennersdorf oder in Rothenburg die einzigen Heilerziehungspfleger in der DDR ausgebildet. Dies ist ein Beruf, an dem es bis heute in den östlichen Ländern noch mangelt. Wir haben nicht genügend Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heilerziehungspfleger oder Heilerziehungspädagogen. Die Probleme sind in den kirchlichen Einrichtungen – auch im Bereich der Versorgung – deutlich geworden, trotz aller intensiven Bemühungen. Die Möglichkeiten waren auch in diesen Ein-

richtungen begrenzt. So gab es auch hier noch Gemeinschaftssäle von 6, 8 oder 10 Personen. In der Nähe von Arnsdorf haben wir aber noch ganz andere Verhältnisse vorgefunden. Hier teilten sich im günstigsten Fall 10 oder 12 Personen einen Raum, im ungünstigsten Fall 50 Personen einen oder zwei Räume. Um es bildhaft an der Raumaufteilung zu veranschaulichen: Bett, Nachttisch, Bett Nachttisch wechselten sich ab, wobei keine Zeitung zwischen das Bett und den Nachttisch paßte. Dann gab es noch einen Raum für den Tag. Die Spinde standen auf dem Flur und waren zugeschlossen und den Menschen nicht zugänglich.

Als ich am 20. November 1990, 12 Tage nach meiner Vereidigung in Waldheim, die Psychiatrie das erste Mal besucht habe, hat mich die dortige Situation sehr erschüttert. Obwohl wir zu dieser Zeit in der Volkskammer bereits ein wenig versucht haben, das eine oder andere zu bewegen, und gerade in Richtung Waldheim gab es ja zwei Kommissionen, die einiges veränderten, waren die Umstände entwürdigend. Da standen die Menschen um 11.00 Uhr morgens in Schlafanzügen vor ihren Zimmern, oder besser gesagt vor ihren Zellen, denn es war nämlich ursprünglich ein ehemaliges Frauengefängnis. In den Zellen war nur eine Pritsche und ein Hocker vorhanden. Es gab nicht einmal ein WC, sondern die Menschen mußten ihre Notdurft in dafür vorgesehen Eimern erledigen. 1993 war diese Situation dort endgültig zu Ende. Es leben ungefähr noch um die 20 Personen dort, die ihre Angehörigen in der Nähe von Waldheim haben. Diese Menschen können sich alle selbständig versorgen. Sie haben Einzelzimmer, gehen selber einkaufen, gehen in die Stadt. Dieses Ergebnis, festgemacht am Vergleich von damals zu heute, bereitet mir Freude bzw. befriedigt mich. Ich freue mich, sagen zu können, daß ich diese Dinge mit verändert habe, daß z. B. auch in Arnsdorf diese Säle mit 50 Leuten nicht mehr vorhanden sind. Heute leben 20 Leute zwar dort noch immer in durch Schränke abgeteilten Räumen, aber somit auch schon ein Stückchen gegliedert, und die anderen 30 Menschen leben in wirklich guten Versorgungsbereichen. Auch in diesem Fall möchte ich herausheben, daß ich mich freue, dabeigewesen zu sein.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Frau Kurzhals. Die Frauen sind in den neuen Ländern von Arbeitslosigkeit stärker betroffen, weil ihre Erwerbsbeteiligung früher wesentlich höher war. Das ist keine Klage oder gar Anklage, sondern eine Feststellung. Die Anzahl derer, die in jeder hochindustrialisierten Welt beschäftigt sind, wird – das habe ich vorhin schon Herrn Meckel geantwortet – nicht der Beschäftigung in der ehemaligen DDR entsprechen. Ich denke auch, daß es einen erheblichen Anteil, neben dem von Herrn Schürer bezifferten Anteil, von pauschal 30 % verdeckter Arbeitslosigkeit gab. Wenn man da einmal in die einzelnen Strukturen hineinschaut, wird es eine Reihe von Beschäftigung geben, die niemand von uns wiederhaben will. Ich nenne bloß die 100.000 Beschäftigten beim MfS. Diese Art der Beschäftigung wird wohl niemand wieder haben wollen. Ich bin auch ganz dankbar, daß wir gesamtdeutsch statt der 600.000 Mann, die wir am 30.6.1990 in den beiden Armeen hatten, bloß noch 340.000 Mann in der Bundeswehr haben. Ich bin auch dank-

bar dafür, daß so und soviel Zivilangestellte nicht mehr gebraucht werden, obwohl die weggefallenen Arbeitsplätze für die Menschen, die betroffen sind, immer eine Belastung darstellt. Zu nennen sind die Ereignisse in Rheinland-Pfalz oder in anderen Standorten, wo es zu dieser Arbeitslosigkeit gekommen ist. Ich erinnere Sie weiterhin an die Dinge, die damals in der DDR unter dem Motto Wettbewerbe gelaufen sind. Auch auf diese Art von Beschäftigung verzichte ich, und ich denke, die Mehrzahl verzichtet auch darauf. Ganz zu schweigen von dem, was in den Betrieben existierte, wie GST und DSF sowie der Betriebsparteiorganisationen. Auf alle, die dort hauptamtlich beschäftigt waren, verzichte ich gerne. Das heißt, wir haben die Aufgabe, die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Hier kann ich mich bloß an das anschließen, was ich schon eben Herrn Meckel geantwortet habe.

Ich komme zum zweiten Teil Ihrer Frage, die darin bestand, daß die Frauen nicht mehr so stark technische Berufe ausüben. Nach unseren Erfahrungen verläuft die Entwicklung der Bewerbungen im Augenblick auch bei den Männern im Bereich der technischen Berufe an der TU Dresden oder an der entsprechenden Uni in Chemnitz sehr rückläufig und defizitär. Wir haben durchaus in diesen Bereichen vorhandene Studienplätze. Der allgemeine Run zur BWL und zum Jurastudium ist natürlich nicht sehr hilfreich, weil die Studenten nicht alle in diesen Bereichen Arbeit finden werden, wie zu anderen Zeiten die Soziologen oder auch die Mediziner. Das ist natürlich kritisch zu sehen.

Zur Frage des Gesundheitswesen und den Polikliniken läßt sich folgendes konstatieren: Ich habe bereits ein wenig drauf geantwortet. Frau Kurzhals, ich bin gerne bereit, mit Ihnen in die Poliklinik Blasewitz, Prohlis, Mickten oder in die Poliklinik Löbtau zu gehen, das sind jetzt Ärztehäuser. In den Einrichtungen arbeiten genausoviel Ärzte wie damals, jedoch mit besseren Geräten sowie zusätzlichen Angeboten für die Patienten, die es früher überhaupt nicht gegeben hat. Auch die kurzen Wege sind da alle voll erhalten, aber, und das ist der Vorteil, es sind nicht mehr Einheitssysteme, sondern das System ist auf Konkurrenz angelegt. Dies bringt dadurch eine höhere Gesamtleistungsfähigkeit mit sich. Das DDR-Gesundheits- und Sozialwesen hat uns soviel gebracht, daß wir in den neuen Ländern drei bis vier Jahre kürzer gelebt haben. Die Gründe dafür liegen in der Medizintechnik und in der vielgescholtenen Pharmaindustrie. Die Verbesserung von Luft und Wasser bringt auf keinen Fall so schnell eine Erhöhung der Lebenserwartung mit sich, sondern das sind diese rein medizinisch-technischen Dinge. Die damaligen Einheitsstrukturen hatten den wesentlichen Effekt des gegenseitigen Anreizes eben nicht, und damit fehlte ihnen der wesentliche Effekt des Fortschritts. Aus diesem Grunde bin ich für ein gegliedertes System auch in dem Bereich der ambulanten medizinischen Versorgung. Ich spreche mich dafür aus, daß wir nicht falschen Bildern nachhängen.

Für den normalen Patienten, der nur seinen Hausarzt braucht und bloß in 20 % der Fälle den Facharzt konsultieren muß, ist der Hausarzt um die Ecke schneller als die Poliklinik mit 20 oder 25 Minuten Straßenbahn zu erreichen. Sechs

Polikliniken in Dresden bringen für manche ältere Menschen schon erhebliche Wegstrecken mit sich. Er braucht in 80 % der Fälle den Arzt um die Ecke und auch den hat es zu diesen Zeiten hier und da gegeben. Machen wir uns da doch nichts vor, die haben doch nicht alle in einem Haus gesessen. Auch das ist eine Ideologie. Glücklicherweise mußten da nicht alle jedesmal bis zur Poliklinik fahren, um einen allgemeinen Arzt zu konsultieren, sondern sie konnten glücklicherweise auch einmal um die Ecke zum Hausarzt gehen. Insofern wird so manches an Ideologie verbreitet.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Herr Dr. Jork. Die Rentenhöhe von Ost und West ist für mich unstrittig richtig im Einigungsvertrag bedacht worden, indem sie an die Entwicklung der Löhne angebunden wurde. Ich bin auch der Meinung, daß es dabei bleiben sollte. Ich habe meiner Kollegin Frau Stamm schon am 9. Januar deswegen einen Brief geschrieben. Unser Ministerpräsident hat vor 14 Tagen in der Pressekonferenz auch ganz eindeutig dazu Stellung genommen, daß es bei der jetzigen Regelung bleiben muß. Von daher ist neben dem Punkt, den Sie angesprochen haben, der unterschiedlichen Vermögenslage, auch manche Darstellung natürlich verkürzt. Zur Demonstration nehme ich einmal das etwas einfache Beispiel der Männer. Ich beziehe mich dabei auf Männer in der alten Bundesrepublik, die 45 Jahre gearbeitet haben und nicht auf den Durchschnitt derer, die, wenn sie das 35. Lebensjahr erreichten, in den Ruhestand gehen konnten. Wenn Sie jetzt einmal diese Gruppen betrachten, die 45 Jahre gearbeitet haben, dann ist auch heute noch das Verhältnis zwischen Ost und West die bekannte Relation 82 bzw. 84 %. Man kann natürlich an solcher Stelle mit mancher Statistik wirklich falsche Signale setzen, falsche Argumentationen auslösen und damit eine Diskussion in Gang setzen, die ich nicht für hilfreich für das Miteinander zwischen Ost und West ansehe, oder die ich sogar als destruktiv beurteile. Diese Frage der Vermögensverhältnisse ist ja in der Öffentlichkeit schon häufig diskutiert worden, deswegen bin ich einmal auf einer anderen Strecke.

Ich habe der Frau Stamm eine Reihe von Punkten genannt, die an der Stelle es doch berechtigt erscheinen lassen, bei dieser Regelung zu bleiben. Es gibt aber zwei Dinge, die wir schon insgesamt im Gespräch in der nächsten Zeit haben werden. Ich sage bewußt haben werden, manchmal wird mir ja dann nachgesagt, daß ich etwas provoziert hätte. Ich stelle hier nur Tatbestände fest. Wenn man damit provoziert, ist es zwar manchmal nicht ganz schlecht, aber es ist nicht meine Absicht zu provozieren.

Ich komme jetzt zum ersten Tatbestand. Die Lebensverhältnisse in Ost und West waren bezüglich des Problems, daß das Rentendasein davon beeinflußt wird, sehr unterschiedlich. Von daher ist die Hinterbliebenenversorgung im Augenblick allein oder sehr stark von den Lebensstrukturen West geprägt worden. Diese Art der Hinterbliebenenversorgung werden wir sicher korrigieren müssen.

Zweitens: Wir haben bei der Berechnung der Ostrenten immer den Durchschnitt genommen, weil es anders nicht zu bewältigen war. Wir müssen aber

wissen, daß in den Altbundesländern die Leute ihre Rente nicht nach Durchschnitten bekamen, sondern nach ihrem wirklichen Einkommen, und da hat es zwischen Emsland und Hamburg oder zwischen Stuttgart und der Alb sowie zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen erhebliche Einkommensunterschiede in den 40 Jahren gegeben. Heute sind die nicht mehr ganz so groß, aber es hat Jahre, Jahrzehnte gegeben, in denen in bestimmten Regionen das aktuelle Einkommen eines Tischlers deutlich niedriger lag als z. B. in Nordrhein-Westfalen und der Mensch erhält seine Rente entsprechend seinem realen Einkommen, nicht vom Durchschnittseinkommen. In den neuen Ländern bekommen wir die Rente immer vom Durchschnittseinkommen, im Verhältnis schon zu eigenem Einkommen, aber auf die Durchschnittseinkommen bezogen. Diese Durchschnittseinkommen sind in der ganzen DDR relativ bald einheitlich gewesen. Von daher gibt es dort Tatbestände, die es zu beachten gilt, aber die liegen auf einer anderen Ebene. Ich muß noch einmal ganz eindeutig betonen, daß wir bei der Ankopplung der Renten an der Lohnentwicklung festhalten müssen. Alles andere wäre nicht sachgerecht und auch nicht vermittelbar. Ich gebe ein ganz eindeutiges „nein“ zu dieser Frage.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Minister. Das war die erste Fragerunde. Ich versuche immer an ihrer Physiognomie nachzuvollziehen, ob die Frage dann auch entsprechend beantwortet worden ist, unabhängig davon, ob das Ihre Vorstellungen sind. Bei Frau Kurzhals war ich mir nicht ganz schlüssig dabei, als es um das Thema Frauen und Technik ging, aber sie ist jetzt gerade nicht da. Wir machen jetzt mit der nächsten Fragerunde weiter. Frau Reichardt hat das Wort.

Monika Reichardt, Mitglied im Sächsischen Landtag (CDU): Herr Staatsminister, Sie haben über Freiheit und Verantwortung gesprochen. Sie haben diese Begriffe nicht direkt angesprochen, aber ich habe sie herausgehört. Sie haben den Gedanken der Solidarität und der Subsidiarität angesprochen. Bei Ihren Äußerungen zur Arbeit haben Sie ausschließlich über die Erwerbsarbeit gesprochen. In dem Zusammenhang möchte ich meine erste Frage stellen: Im Zuge der Zeit nach der deutschen Einheit hat es zunehmend auch Aktivitäten im sozialen Ehrenamt gegeben. Können Sie bitte noch einmal darstellen, welche Rolle der Bereich des sozialen Ehrenamtes in der DDR gespielt hat? Hat er überhaupt eine Rolle gespielt und wenn ja in welchen Bereichen? Wie verläuft die Entwicklung danach? Gibt es eine Bereitschaft dafür? Wie wurde das Ehrenamt organisatorisch bewältigt?

In dem Zusammenhang habe ich auch noch eine zweite Frage an Sie. Ich halte es für eine ganz wesentliche Entwicklung, daß auch die Aufgabenwahrnehmung über freie Träger erfolgt ist, was es ja vorher in dieser Weise in der DDR nicht gegeben hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu auch noch etwas ausführen könnten.

Ich möchte noch einen Gedanken zum Abschluß anfügen, der mir jetzt noch durch den Kopf ging, da wir ja in der DDR-Zeit Arbeit- und Sozialpolitik in einem Topf behandelt haben. Vollbeschäftigung war Sozialpolitik, so daß

Menschen, die nicht gearbeitet haben, landläufig als „Asoziale“ bezeichnet wurden. Die Zynik dieser Beurteilung, wurde mir heute noch einmal ganz besonders bewußt.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Das waren Fragen zum Ehrenamt. Ich will ganz kurz noch eine organisatorische Sache einschieben. Ich habe jetzt noch Herrn Spiller und Herrn Hiller auf der Rednerliste, weil wir auch unser Zeitlimit einhalten wollen. Sind weitere Wortmeldungen oder Fragestellungen gewünscht? Ich sehe keine. Dann schließe ich die Rednerliste. Als nächstes hat Herr Spiller das Wort.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich hätte gerne in Anknüpfung an die Frage von Herrn Poppe noch einmal das Thema Wanderungsbewegungen angesprochen. Sie haben gesagt, daß Sachsen seit 1994 eine positive Wanderungsbilanz verzeichnet. Sie haben aber vielleicht auch einen Überblick über die Entwicklung in Ostdeutschland insgesamt.

Sie hatten in Ihrem Vortrag sehr stark auf die Anteile der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung abgestellt. Wenn die Gesamtbevölkerung per Saldo durch Abwanderung abnähme und die Anteile blieben an der Beschäftigung gleich, wäre das trotzdem vielleicht eine unbefriedigende Situation, weil es ein Ausdruck von schwacher wirtschaftlicher Entwicklung ist. Ich spreche von einem Ausbluten mancher Regionen. Haben Sie in Sachsen auch Regionen, ländliche Gebiete, wo es schwer ist, noch Schulklassen zusammenzubekommen? Haben Sie eine Einschätzung, wie das in anderen ostdeutschen Ländern z. B. in Mecklenburg-Vorpommern oder in Brandenburg aussieht?

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Herr Spiller. Wir haben dieses Thema Wanderungsbewegung im Anschluß an die nächste Diskussionsrunde, aber der Sachse ist ja dafür bekannt, daß er sehr flexibel ist und auch Wanderungsbewegung nie ausläßt. Das kennen wir aus vielen Bereichen. Deshalb ganz kurz vom Herrn Minister noch einmal die Darstellung dieser Entwicklung, wenn eine Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt überhaupt auf urbane Gebiete insgesamt vorhanden ist. Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herr Minister, zunächst möchte ich einmal feststellen, daß es Anfang der siebziger Jahre in den alten Bundesländern Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenzahl von 150.000 und einem Vielfachen von freien Arbeitsplätzen gab. Weil Sie ja die weite Spanne von 1900 angaben. Da hat es einmal so etwas wie Vollbeschäftigung gegeben, das nur zu Ihrer Feststellung. Diese Tatsache ist verbunden mit der Hoffnung, daß man sich mit der jetzigen Arbeitslosigkeit in keinem Falle abfinden darf. Aus meiner Sicht haben Sie zu dieser Problematik zu wenig gesagt. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das überspitze, aber Sie betonten quasi ausschließlich eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit. Ich meine, daß das nicht ausreichen wird. Ich erinnere an das, was der Bundeskanzler gesagt hat: bis zur Jahrtausendwende eine Halbierung. Ich hoffe auch, daß das gelingen wird,

zwar nicht von denjenigen, die das gesagt haben, aber das ist eine politische Frage, die ich jetzt hier nicht vertiefen will. Mir geht es um die Sache.

Ich komme zurück auf Ihre Stellenpolitik. Sie stellen zu 75 % ein, und ich kann Ihnen dazu nur gratulieren, das ist eine vernünftige Geschichte. Allerdings möchte ich Sie bitten, zu den damit verbundenen Gefahren etwas zu sagen. Es gibt Positionen, wo man zwar bekunden kann, daß zu 75 % eingestellt wird, aber die Menschen nach wie vor zu 100 % arbeiten, weil es sich um herausgehobene Positionen handelt. Ihr Pressesprecher wird ja auch nicht nach einer Arbeitszeit von 30 Std. sagen: Meine Arbeitszeit ist abgelaufen, nun sehen Sie einmal zu, Herr Minister, wie Sie damit klarkommen.

Es gibt ein weiteres Problem. Es gibt Menschen in unserem Land, die 100 % Arbeit brauchen. Ich spreche z. B. von Familienvätern, wo viele Kinder vorhanden sind und wo die Frau nicht dazuverdienen kann. Was ich damit zum Ausdruck bringen möchte ist folgendes: Man sollte sich nicht ganz davon verabschieden, was 100 % Beschäftigung heutzutage bedeutet. Zu beachten gilt hier auch das Lohnniveau, was in den neuen Bundesländern noch unter dem Schnitt der westlichen Länder liegt. Vielleicht können Sie dazu noch ein paar nähere Auskünfte geben.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke Herr Hiller. Angesprochen wurde noch einmal ganz aktuell die Arbeitsmarktsituation. Welche Möglichkeiten hat Sachsen oder welche Möglichkeiten haben die neuen Länder insgesamt? Es handelt sich ja auch um ein industrialisiertes Gebiet, das den Arbeitsmarkt durch Neugründung, durch Schaffung von Arbeitsplätzen am 1. Arbeitsmarkt beleben kann. Die letzte Fragerunde ist jetzt beendet. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler: Danke. Frau Reichardt, Sie fragten nach der Rolle des sozialen Ehrenamtes in der DDR. Am Freitag fand hier eine Tagung statt, und vielleicht hat der eine oder andere gestern einmal in die Presse geschaut. In den verschiedenen Artikeln stand relativ viel drin. Meiner Meinung nach ist das Ehrenamt als Einsatz für die Gemeinschaft in kleineren oder größeren Kreisen, neben der Erwerbsarbeit, für eine Gesellschaft notwendig. Es muß entsprechend Anerkennung finden und es darf nicht finanzielle Belastungen auslösen, es sei denn, jemand tut es nicht weh, wenn er auch noch den Aufwand bezahlt. Jeder, der sich in diesem Bereich engagierte, sollte wenigstens den Aufwand erstattet bekommen. Von daher ist es keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung für unser menschliches Miteinander in einer Gesellschaft.

Die Veränderungen zu der Zeit vor 1989 in der DDR sind für mich gravierend. Dabei gab es auch zu DDR-Zeiten das, was in dieser Weise jetzt von mir beschrieben worden ist, und manch einer hat solche Dinge neben dem kirchlichen Raum auch in anderen gesellschaftlichen Räumen gesucht. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß die sogenannte gesellschaftliche Tätigkeit in der DDR etwas vom Staat Gefordertes und in den entsprechenden Wettbewerbspro-

grammen Abrechenbares sein mußte und auch abgerechnet wurde. Dort dominierte eine sehr starke gesellschaftliche Kontrolle. Es wurden starke gesellschaftliche Zwangssituationen aufgebaut. Wenn jemand einen bestimmten Punkt in diesem Bereich der gesellschaftlichen Tätigkeiten nicht erfüllte, wurde ggf. das gesamte Kollektiv dafür bestraft. Die Strafe sah dann so aus, daß sie am Jahresende nicht die 150 oder 200 Mark Prämie bekamen. Diese Sanktion traf mich einmal eine Weile lang, als ich nicht bereit war, „Soli“ – deswegen hat Solidarität für mich immer noch einen anderen Stellenwert –, d. h. den sogenannten zusätzlichen Beitrag bei der Gewerkschaft für die um ihre Freiheit kämpfenden Völker zu leisten. Als Konsequenz mußte ich dann damit rechnen, daß meine anderen 15-17 Arbeitskolleginnen und Kollegen am Jahresende die 150 oder 200 Mark nicht bekommen haben. Insofern entstand über diese gesellschaftliche Tätigkeit ein sehr hoher Druck. Dadurch geriet auch das, was unter Ehrenamt durchaus gebraucht wird und möglich ist, in so ein Licht, was dann diese Tätigkeit insgesamt diskreditierte. Von daher war der Umstieg 1990 schon schwierig.

Ich denke, wir haben mit der „Aktion 55“ in Sachsen durchaus ab 1993 einen Weg gefunden, wo wir Lebenserfahrung und Bedarf an ehrenamtlicher Tätigkeit mit Aufwandsentschädigung in ein vernünftiges Maß bekommen haben. Das gilt für alle Menschen, die zwischen 55 und 60 Jahren alt sind, arbeitslos, in Kurzarbeit oder ganz aus der Berufstätigkeit ausgeschieden sind. Es sind jetzt zwischen 16.000 und 20.000 Menschen in solche ehrenamtliche Tätigkeiten hineingekommen. Wir haben dieses Jahr die bisherigen 200 DM pro Monat, das waren genau die 2.400 DM im Jahr, die sich von der Steuerseite her ergeben hatten, die nicht wieder versteuert wurden und abzugsfähig waren, auf 150 DM reduziert. Bisher habe ich jedoch keine wesentlichen Signale erhalten, daß aus diesem Grunde weniger Menschen ehrenamtliche Tätigkeiten ausführen. Es wird genauso weitergeführt. Wir wissen auch, daß die 200 DM pro Monat nicht von jedem nur für Aufwand gebraucht wurde, sondern daß die 200 DM als zusätzliches Einkommen betrachtet wurde. Aber wir haben bewußt darauf verzichtet, Fahrkartenschnipsel oder Telefongespräche zählen zu lassen. Wir haben auch keine Briefmarkennachweise verlangt, um damit den Aufwand exakt nachzuweisen. Es könnte natürlich sein, daß der Rechnungshof uns deswegen irgendwann kritisiert.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Herr Spiller. Sie fragten im Zusammenhang mit der Wanderungsbewegung nach einem möglichen Ausbluten der Regionen. Ja, das gibt es in Sachsen. Vor allen Dingen sind in Ostsachsen die Stadt Görlitz, der ehemalige Landkreis Görlitz, der jetzt ein Teil vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis ist und Löbau/Zittau davon ein Stück betroffen. Hier verhalten sich die Abwanderungsbewegungen so, daß es neben den Defiziten, die durch die geringe Geburtenrate und höhere Sterberate sowieso auftreten, noch zusätzliche Bevölkerungsdefizite gibt. Wir haben durch die niedrige Geburtenrate auch die Situation zu verzeichnen, daß wir Grundschulen im ländlichen Bereich in der nächsten Zeit schließen werden müssen. Auch diese Situation ist durchaus zu sehen. Es verhält sich aber so, daß wir in Sachsen neben

dem schon zitierten Spruch „Die Sachsen reisen gern und sind beweglich“, durchaus auch die Komponente aufweisen, daß eine Heimatverbundenheit zu der Region, in der man geboren wurde, wo man gelernt hat, wo man seine Familie hat, besteht. Die Beweglichkeit in Sachsen ist vielleicht etwas größer als im Durchschnitt in Deutschland, aber es kommen auch eine ganze Reihe von jungen Leuten zurück, die in den 80er Jahren mit Mühen in die alten Bundesländer ausreisten. Diese jungen Leute übernehmen hier auch verantwortliche Stellungen, machen sich selbständig oder ähnliches. Das sind sicher keine Massenbewegungen, die hier stattfinden, aber diese Entwicklung ist durchaus sichtbar. Ich habe jedenfalls solche Fälle im Bekannten- und Verwandtenkreis.

Herr Hiller, Sie machten mich auf die Vollbeschäftigung in den alten Bundesländern Anfang der 70er Jahre aufmerksam. Hierzu möchte ich anmerken, daß die Vollbeschäftigung in den 70er Jahren in der Altbundesrepublik natürlich nur unter dem Motto zu sehen ist, daß in dieser Zeit nur eine Nachfrage nach Arbeit bei den Frauen von ungefähr 30 % vorherrschte. Heute dagegen herrscht eine Nachfrage von Frauen nach Arbeit, auch in den alten Bundesländern, von ungefähr 50-55 % vor. Die logische Schlußfolgerung davon ist, daß wenn 1970 entsprechend 50-55 % der Frauen nach Arbeit in den alten Bundesländern nachgefragt hätten, dort auch eine höhere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen wäre.

Ich teile Ihre Skepsis, daß ein alleinverdienender Vater in einer Familie mit drei oder gar mehr Kindern mit einer 75 % ausgeschriebenen Stellung das schaffen kann. Ich bin auch bei dem 75 % Modell davon ausgegangen, daß alle Frauen und Männer zwischen 20 und 65 Jahren Arbeit haben, so daß dann ein Ehepaar 1,5 Stellen im Gesamtarbeitsmarkt in Anspruch nehmen würden, nicht 0,75. Von daher wäre die Frage für mich eigentlich zu lösen. Wir haben diese Situation bei uns im Hause mit eigenen Mitarbeitern schon durchgespielt, indem wir gesagt haben, daß zwei erwachsene Personen zusammen 1,5 Stellen in Anspruch nehmen und das im Grunde entsprechend verteilt wird. Hier gibt es dann auch die Frage nach den Personen zu beantworten, die von der Sache her auch heute schon mehr als 100 % Arbeit erbringen. Ich bin auch in diesem Fall der Meinung, daß dies über die Wochenarbeitszeit, die Jahresarbeitszeit sowie die Lebensarbeitszeit regelbar ist. Wenn man dies alles vor Augen hat, wäre eine Lösung möglich. Ich bin mir bewußt, daß es nicht das einzige Instrument ist.

Ich denke auch, daß wir die Frage nach Arbeitsplätzen, die keine hohe Ausbildung in Deutschland voraussetzen, lösen müssen. Wir haben nicht nur Menschen, die alle einen universitären Abschluß anstreben und auch schaffen würden. Insofern haben wir ein ganz anderes Problem in dieser Frage. Es geht darum, entsprechende Arbeitsplätze auch anzubieten. Wir sind herausgefordert, diese Arbeitsplätze auch entsprechend anzuerkennen. Diese Arbeitsplätze müssen gesellschaftlich genauso als notwendig und wichtig anerkannt werden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß diese Arbeitsplätze als zweitrangig angesehen werden. Die Menschen, die diese Arbeitsplätze einnehmen, müssen sagen

können, auch mein Nachbar, der zwar studiert hat, sieht mich aufgrund meiner einfachen Arbeit nicht scheel an, sondern er redet mit mir über den Gartenzaun, obwohl ich so eine einfache Arbeit verrichte. Das ist auch eine Frage, die an uns als Gesellschaft insgesamt gestellt ist.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Minister. Unser Vorsitzender wird jetzt das Schlußwort halten.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Vortrag und für die Zeit, die Sie jetzt noch in die Debatte gesteckt haben. Ich hoffe, daß wir einige Anregungen mitnehmen werden, denn diese Kommission hat ja den Auftrag, an das Parlament Forderungen zu richten, Hinweise zu geben. Sicher wird das, was Sie über Ihre Kenntnis an Fakten auf den Tisch gelegt haben, dazu beitragen. Herzlichen Dank und weiterhin, wie man bei uns im Schwäbischen sagt, fröhliches Schaffen.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler: Ich habe gerade gemerkt, daß ich der Frau Reichardt eine Anfrage schuldig geblieben bin. Es geht um die Anfrage über die Aufgabenwahrnehmung der freien Träger. Ich habe vorhin ja hervorgehoben, daß ich für die einzelnen Fachbereiche jeweils so drei bis vier Seiten Manuskript habe. Ich gebe das Material gerne der Enquete-Kommission mit, dann können Sie einzelne Zahlen von Sachsen nachlesen.

Ich komme jetzt aber zu dem Problem. Bei den Altenpflegeeinrichtungen verhält sich die Situation gegenwärtig so: Früher waren ungefähr 90 % staatlich und 10 bis 12 % kirchlich. Jetzt sind 36 % kommunal, die Diakonie hat 21 %, der DPWV 14 %, die AWO 12 %, das DRK 7 %, Privat 6 % und Caritas 4 %. Bei den Sozialstationen ist die Situation wie folgt: Hier habe ich keine prozentualen Angaben. Hier gibt es insgesamt 213 Sozialstationen, davon sind nur noch zwei kommunal, 22 gehören zur Arbeiterwohlfahrt, 17 zur Caritas, 76 zur Diakonie, 54 gehören dem DPWV an, 42 zählen zum Roten Kreuz. In dieser Weise habe ich eine Aufstellung für alle sozialen Einrichtungen. In den Behindertenеinrichtungen gibt es fast zu 100 % freie Trägerschaft, bei den Alteneinrichtungen sind 2/3 inzwischen in freier Trägerschaft, nur bei den Kindergärten sind wir erst bei 20 bis 22 % freie Trägerschaft angelangt, die anderen sind noch kommunal.

Gesprächsleiter Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Das war jetzt noch ein kleines Intermezzo im innersächsischen Bereich. Wir sind jetzt am Ende dieser Runde. Interessant war auch zu vermerken, daß hier auch vom Sächsischen Sozialministerium avantgardistisch einige Programme in Angriff genommen werden. Dieses „Programm 55“, kombiniert mit dem Ehrenamt, hat mir gut gefallen. Ebenso aufschlußreich war auch die Arbeitsmarktanalyse, die sehr präzise auch einfach einmal wieder von den 9 Mio. Beschäftigten in der ehemaligen DDR runtergerechnet wurde, die ja dann auch unsere Arbeitslosenstatistik in gewisser Weise verzerrt. Auf der anderen Seite kamen die Anmerkun-

gen zum zweiten Arbeitsmarkt, ABM sowie zur 249h-Umschulung und Ausbildung. Diese Anmerkungen fand ich in Ordnung.

Herr Vorsitzender, ich würde dann gleich die organisatorischen Maßnahmen weiter besprechen. Wir schließen nahtlos an. Frau Kollegin Kurzhals, Sie werden jetzt hier den Vorsitz im Podium übernehmen, und dann geht es weiter bis 20.00 Uhr mit den Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern.

Ihnen, Herrn Minister, noch einmal herzliches Dankeschön und alles Gute in Zukunft.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich darf Frau Monika Schlegelmilch, Frau Dr. Sabine Schenk und Frau Beyer, Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, bitten, zu uns nach vorne zu kommen, damit wir die Thematik „Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern, Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung insbesondere für Frauen, Jugendliche, Ältere und Behinderte“ fortsetzen können. Frau Christine Kurzhals, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ist am Nachmittag für die Moderation zuständig.

Ich darf Sie, meine Damen, herzlich begrüßen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Schönen Dank Herr Vorsitzender. Wir sind jetzt in der Situation, daß endlich einmal ein ganz anderes Bild auf dem Podium zu sehen ist. Wie ich es so sehe, zeigt sich ein etwas attraktiveres Bild. Vielleicht wird es dadurch etwas bunter.

Das Thema ist wirklich sehr aktuell. Alles was mit Frauen, mit Jugend, mit älteren Menschen in unserer Gesellschaft zu tun hat, wurde zu einem Dauerbrenner in den letzten Jahren. Es sind wirklich interessante Referate, die im folgenden gehalten werden. Jeder Referent hat nur 15 Minuten zur Verfügung. Ich möchte bitten, daß jede Referentin sich einmal kurz vorstellt und dann sofort zum Thema kommt. Ich gebe Ihnen das Wort, Frau Monika Schlegelmilch.

Monika Schlegelmilch: Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, zum Thema „Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Frauen“ zu sprechen. Meine Ausführungen werden den Lebensbereich betreffen, in dem ich mich bewege. Dazu gehört, daß ich Ihnen ein paar Daten über meine Person mitteile.

Mein Name ist schon genannt worden, Monika Schlegelmilch, ich bin Jahrgang 1943, bin von Haus aus Buchhändlerin und Pfarrerin. Ich habe viele Jahre in der Stadtmissionsbuchhandlung in Halle als stellvertretende Buchhandlungsleiterin gearbeitet, habe in der Stadtmission gelebt und habe dort auch die DDR und die Kirchensituation sehr konkret an mir, an meiner Familie und an meinen Kindern gespürt.